

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handelszeitung

und
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: Im Voraus und Viertel durch unsere Erleger monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsere Filialen und Hauptstellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 2 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.75 M., einschließlich Postgebühren. Das Auslandersubskriptionspreis beträgt: Europa u. Ostasien 2 M., Amerika 2.50 M., Australien 3 M. In Leipzig, am Hauptbahnhof und am Platz mit eigenen Filialen sind die Abbestellungen nach dem Abend des Erscheinens im Haus geliefert. Besteller-Konten: In den Zeiten 17. Juni, 17. September, 17. Dezember, 17. März Nr. 407.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisplatz Nr. 4. • Druckerei: Reichardt Nr. 1400, 1401 und 1402.

Anzeigenpreise: für Leipzig und Umgebung die 10spaltige Zeile zu 10 Pf., die 8spaltige zu 8 Pf., die 6spaltige zu 6 Pf., die 4spaltige zu 4 Pf., die 2spaltige zu 2 Pf. In den Provinzen und im Ausland: die 10spaltige Zeile zu 12 Pf., die 8spaltige zu 8 Pf., die 6spaltige zu 6 Pf., die 4spaltige zu 4 Pf., die 2spaltige zu 2 Pf. Bei längerer Dauer und bei besonderen Umständen sind Ermäßigungen möglich. Die Anzeigen werden in der Regel am Freitag vor dem Erscheinungstage der Zeitung angenommen. Die Anzeigen für den nächsten Tag sind am Donnerstag vor dem Erscheinungstage der Zeitung zu bringen. Die Anzeigen für den nächsten Tag sind am Donnerstag vor dem Erscheinungstage der Zeitung zu bringen. Die Anzeigen für den nächsten Tag sind am Donnerstag vor dem Erscheinungstage der Zeitung zu bringen.

Nr. 165.

Mittwoch, den 1. April.

1914.

Das Wichtigste.

* Die Erste Kammer erledigte am Dienstag mehrere Staatskapitel und die Dekrete über die Besetzung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen von der Krankenversicherungspflicht sowie über die Landesfiskusrentenbank. (Siehe Bericht.)

* Die Zweite Kammer nahm am Dienstag den Antrag auf Abänderung der Landtagsordnung einstimmig ohne Debatte an und erledigte mehrere Staatskapitel, darunter das Kapitel „Tierärztliche Hochschule“. Mit 85 gegen 21 Stimmen wurde die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig beschlossen. (Siehe Art. u. Ber.)

* Der heilige Landtag erließ die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes, der mildere Bestimmungen über die Tätigkeit der religiösen Orden vorseht. (Siehe D. R.)

* Der Gesamtvorstand des Reichsverbandes der national-liberalen Jugend tritt am 8. April in Frankfurt a. M. zusammen. (Siehe D. R.)

* Ein englischer Dampfer ist durch einen Zusammenstoß mit einem dänischen Schoner im Kanal gesunken. (S. Nachr. u. Tage.)

* Das Oesterreichische Museum für Kunst und Industrie feiert am Dienstag das fünfzigjährige Jubiläum. (S. Nachr. u. Tage.)

Bismarck.

Leipzig, 1. April.

* Im nächsten Jahre werden wir den hundertsten Geburtstag Bismarcks feiern. Schon jetzt rühmt man zu einem nationalen Feste und fragt, wie man den großen Toten am würdevollsten ehre. Dieses Begehren und Trachten ist eingeleitet von dem Gefühl einer Dankeschuld, die durch die Zeit nicht gemindert wurde. Im Gegenteil: je mehr wir voranschreiten in der Geschichte des Reiches, um so mehr werden wir dessen inne, was er uns war. Die geschichtliche Würde seiner Persönlichkeit muß wachsen, je länger sich sein Werk bewährt. Je mehr wir darüber klar werden, daß er ein einziger war, ein Jahrhundertsmann, um so mehr haben wir Grund, ein Gedächtnis zu setzen, das ihn zu werten vermag, als nur ein bevorzugter Geist Großes zu wirken vermochte. Es wird — wir fähren es — so bald seiner kommen, der unserm Volke ein gleicher Helfer sein wird.

Es gab eine Zeit, wo seine Gegner glaubten, am Ende sei alles, was er Gutes und Großes vollbracht, nur ein Ergebnis glücklicher Umstände gewesen. Er habe eben Glück gehabt. Diese Meinung war falsch; sie ist längst widerlegt durch die geschichtliche Forschung. Die Tätigkeit auf Schritt und Tritt, daß nur an wichtigen Stellen ihm das Glück das Zeißeil in die Hand warf. Auch von ihm gilt das Wort, daß das Leben dem Manne zwar fröhliche bringt, doch hängen sie selten rot und lustig am Zweig, wie uns ein Apfel begrüßt. Fast alle Erfolge von jenem 24. September 1862 an hat er dem Gedächtnis hart und schwer abgerungen, bis er schließlich an jenem trüben 18. März 1890 nach einem Leben voller Arbeit einen vollen Kelch der Bitternis leeren mußte. Ist er jemals so recht ein glücklicher Mann gewesen? Blättert man in dem kürzlich erschienenen, liebevoll geschriebenen Buche der Sophie Charlotte von Sell über Bismarcks Frau, so findet man wohl bestätigt, daß „ihre treuer Mann“ innerlich alle Anlagen zu einem starken Genießer der Lebensfreude hatte, daß es aber während seiner langen Amtszeit nur gar kurze Pausen gab, die ihn ausatmen ließen; gar oft seien wir von der Sorge um seine Standfestigkeit und von Sorgen des öffentlichen Zusammenbruchs. Kein, es wurde ihm nichts geschenkt. Ein Günstling des Glüdes war er nicht. Es ist einfache schlichte Erkenntnis seines Schicksals, wenn er an seine tragende Frau schreibt: „Wie stund nicht auf dieser Welt, um glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun, und je weniger meine Lage eine selbstgemachte ist, um so mehr erkenne ich, daß ich das Amt versehen soll, in das ich gesetzt bin.“ Diese Auffassung, die gewislich echt war, widerlegt auch die andern Mäler, die an ihm alle Yüge eines fähigen Abenteurers finden wollten, die, weil er 1866 auf einen unglücklichen Ausgang gefaßt und bereit war, sein Leben zu beschließen, eine Spielernatur in ihm vermuteten und die darin bestärkt wurden, durch die berühmten reaktionären Striche, womit er die „Emser Depesche“ in eine Fanfare verwandelte. Er selbst hat später darüber gesagt: „Am große Ereignisse windet sich immer ein Gegenstand, und das ist gut.“ Auch dieser Ausspruch ist ihm verbleibt worden, denn man sah darin den Wunsch nach einer Verdunstung seines eigenen Handelns, und wiederum zeigte man damit nur, wie schlecht man seine Natur kannte. Bismarck war in jener geschichtlichen Stunde nicht der Dramatiker, der einen guten Einfall hat; er

war der geniale Staatsmann, der sich voller Verantwortung fühlte und den Augenblick ergriff. Gewiß, ein anderer hätte wohl gesagt, hätte, ehe er das Stück Papier an die Presse gab, nach diplomatischen Wendungen gesucht, um einem harten Entschluß auszuweichen und Zeit zu gewinnen. Was hilft es heute noch zu freiten, ob in jener Stunde die Möglichkeit gegeben war, einen Krieg zu meiden. Das ist doch wohl die Tatsache, an die wir uns zu halten haben: die Entscheidung, die er herbeiführte, ist zu unserem Heile ausgefallen. Und was es nicht die reinste, kühlste Ueberlegung, die ihn leitete, war es wirklich ein Griff ins Ungewisse — einerlei, die Geschichte gab ihm recht, und der Erfolg krönte die Tat. Er wäre nicht der gewesen, der er war, hätte er damals in einem Augenblick, wo ihm die Gottheit näher war als sonst, den Mut zur Entscheidung über ein Völkergeschick nicht gefunden. Nicht als Abenteurer handelte er, sondern als Mann von echtem Hochgefühl.

Wir sind es heute gewohnt, unsere Zeit schelten zu hören. Man klagt über das rasche Verschwinden unseres Staatslebens in ein schwächliches Dahindämmern, über das Vorwalten der Mittelmäßigkeit. Ja, man fürchtet, von dem großen Bismarckschen Fruchtbaud werde bald nichts mehr übrig sein als ein verrottetes Sankfeld. Das sind Uebertreibungen, die zwar erklärlich sind, die aber unserer staatsbürgerlichen Erziehung wenig Ehre machen. Wir können uns auch des Gefühls nicht erwehren, daß gewisse Politiker, deren Rede Anfang und Ende stets der Ruf nach Bismarck ist, nicht den Bismarck herbeiwünschen, der uns das Deutsche Reich geschaffen, nicht den übertragenden Staatsmann, der des deutschen Sondergeistes Herr wurde und dafür dem nationalen Gedanken Bahn brach, sondern einen Bismarck ihres Sinnes zu ihren Zwecken. Ihre Schreie sind schwerlich erfüllt werden, und wenn es ihnen mit den Klünken fauch gelang, den wahren Geist Bismarcks herauszufischen, so würde er ihnen vernünftig antworten: „Du gleichst dem Geist, den du bezweiffest, nicht mir.“ Wenn im deutschen Volke heute eine Bismarckssehnsucht lebt, so spricht sich darin das Verlangen nach einer tatensprohen Kraft aus, die uns vorwärts bringt, aber nimmermehr das Verlangen nach einer blutigen Reaktion. Es ist auch in alle Wege nicht wahr, daß unserm Volke von Bismarck nichts geblieben sei. Das kann nur behaupten, wer das Nachwirken großer Männer an der Oberfläche des Volksganges sucht; aber selbst da sollte es ihm an belehrenden Anzeichen nicht fehlen. Die Annahme der letzten großen Vorkämpfer und der Erfolg, mit dem die Unversöhnlichkeit der Bürger angerufen wurde, deuten diese Vorgänge nicht auf ein Nachwirken Bismarckschen Geistes? Ja, Bismarck lebt im deutschen Volke. Er lebt nicht bloß in den Festen und in den Ergrünungen seines Gedächtnisses; er lebt in dem Geiste, der er uns empfiengte, in der Wertung des Vaterlandes. Wird das nicht jeden Tag sichtbar, haben wir uns zu pladen mit politischen und sozialen Räten und Beschwerden ohne Ende, so hoffen wir doch zuversichtlich, daß die Kräfte, die wie elektrische Ströme aus seiner verkürzten Gestalt, seinem Leben und seinem Werte in unser Volkstleben übergingen und noch fortwährend übergehen, sich in der Stunde der Gefahr zu unserem Heile offenbaren werden.

Der Reichstag und die Erledigung seiner Geschäfte.

Vom Reichstagsabgeordneten Ernst Bessermann.

Die Parlamente sind in die Ferien gegangen und werden erst mit Frühlingsanfang zurückkehren. Dem Reichstags ist es nicht gelungen, den Etat fertigzustellen; es mußte ein Notgesetz erlassen werden. Es ist dies ein durchaus unerwartliches Ergebnis und wohl der Unterlassung wert, welche Maßregeln ergriffen werden können, um der Wiederholung in kommenden Jahren vorzubeugen. Was ist der Grund des schleppenden Geschäftsganges? Eine starke Verzögerung der Beratungen im Plenum stellt sich zunächst regelmäßig beim Anerkennen des Innern heraus; dabei darf man anerkennen, daß die einzelnen Redner sich kürzer fassen, als dies früher üblich war, aber die Zahl der Redner ist sehr groß; das ist begründet bei der großen Zahl der Fragen, welche bei dem Reichstag des Innern zu behandeln sind. Das Reichamt des Innern ist heute Reichs-Handelsministerium; die Fragen des Zolltarifs, unserer handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande, der bestehenden und künftigen Handelsverträge werden hier behandelt. Das Reichamt des Innern ist aber auch Landwirtschaftsministerium; die wichtigsten Produktionsbedingungen unserer Landwirtschaft, Ackerbau und Viehzucht, Seuchengefahr und Seuchenpolitik, Weinbau, Kahl und andere Dingen sind, werden hier Jahr für Jahr besprochen. Das Reichamt des Innern umfaßt das Reichsjustizwesen, Schule und Gesundheitswesen und es ist vor allem das Ministerium der Sozialpolitik mit ihren tausendfältigen, ewig wechselnden und im Flusse befindlichen Forderungen.

So nimmt im Plenum die Behandlung dieses Etats Wochen in Anspruch, während andererseits die Budgetkommission angeheftet der erstenhalben Entwurf unserer deutschen Kolonialpolitik durch die zahl-

reichen Bahnprojekte, die Fragen des Baumwollbaues, der Eingeborenenbehandlung und der sanitären Verhältnisse der Kolonien, genügt ist, viele Tage auf den Kolonialetat zu verwenden; daselbst gilt für den Militäretat mit seinen gewaltigen Summen, die eine Prüfung im einzelnen erforderlich machen.

In wachsendem Maße nimmt Johann das auswärtige Amt die Tätigkeit der Budgetkommission in Anspruch, und zwar mit Recht. Je bedrohlicher die auswärtige Lage wird, je unsicherer es ist, ob der Friede dauernd erhalten werden kann, desto wichtiger wird die Pflicht des Reichstages, sich in eingehender Weise mit den Erfolgen und Mißerfolgen unserer auswärtigen Politik zu befassen. Das Ergebnis dieser Stoffanhäufungen in allen Etats ist die unerwartliche Tatsache, daß die Fertigstellung des Etats auf den 31. März nicht erfolgt ist. In diesem Jahre tritt die Besoldungsvorlage und die Neuregelung der Gehälter der Auslandsbeamten hinzu, bei der eine Reihe berechtigter, nicht berücksichtigter Wünsche unserer Beamten Stoff zu Diskussionen zunächst in der Budgetkommission gibt.

Man jechridt sich den Kopf, wie diesem unheilbaren Zustande abzuhelfen ist. Nach meiner Auffassung wird der Reichstag zu spät eintreten. Es müßte möglich sein, die erste Lesung des Etats so früh, spätestens zu Mitte November stattfinden zu lassen, so daß die Budgetkommission vor Weihnachten zwei bis drei Wochen Zeit für ihre Beratungen hätte. Dann wäre es möglich, beispielsweise den Militär- und den Kolonialetat vor Weihnachten in der Budgetkommission zu erledigen und damit dem Plenum materialien Stoff für das Plenum nach Weihnachten zu schaffen. Dann müßte eine bessere Disposition in der Vorlesung von Gesetzentwürfen vonseiten der verarbeiteten Regierungen stattfinden. Es liegt eine Erleichterung darin, daß in vollständig planloser Weise immer neue Gesetze seitens der Regierung vorgelegt werden, so daß wir es heute zu zwei Dutzend und mehr Kommissionen gebracht haben. Die ersten Lesungen dieser Gesetzentwürfe müssen in die Etatsberatungen eingeschoben werden und nähmen diesen die Zeit hinweg. Würde hier planmäßig und mit weiser Selbstbeschränkung vorgegangen, würden die Gesetzentwürfe alsdann bei Wiederbeginn der Session vorgelegt, so könnten die ersten Lesungen vor Weihnachten stattfinden, so daß die Zeit zwischen Weihnachten und Ostern in der Hauptsache der Etatberatung frei bliebe. Zwischen Ostern und Pfingsten könnten dann die neben dem Etat eingebrachten Gesetzentwürfe erledigt werden. Natürlich muß eine größere Selbstkürzung der Fraktionen zu diesen Maßregeln hinzutreten, und je härter und häufiger von konservativer Seite Angriffe auf den Reichstag erfolgen, desto mehr hat er die Befähigung, Selbstbeschränkung zu üben und die Länge und Zahl der Reden einzuschränken, um schließlich auch dadurch die rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu ermöglichen.

Es ist wirklich nicht nötig, in jedem Jahr beim Reichstag des Innern dieselben Materien zur Verhandlung zu bringen. Die Bedeutung einer Frage wird nicht dadurch gehoben, daß man sie durch einjährige Wiederholung verlangsamt. Das Interesse des Publikums erwidert durch die heutige Art und Länge der Debatten nicht. Statt Rede und Gegenrede sollen sich die Monologe der Fraktionsredner ab, ohne daß die Redner aufeinander Bezug nehmen, was die Verhandlungen nicht schmackhafter macht.

Es ist dringend notwendig, daß Wandel geschaffen wird. Unter dem heutigen Zustande leidet das Ansehen des Reichstages, die Geschäftserledigung ist gehindert und die parlamentarischen Verhandlungen machen einen unerfreulichen Eindruck.

Die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig.

(Stimmungsbild aus der Zweiten Kammer.)

rg. Dresden, 31. März.

In der Zweiten Kammer ging es heute lebhaft zu. Zwei Dinge waren es, die allgemeines Interesse beanspruchten: die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig und der konservative Antrag auf ein Schächtverbot. Der konservative Abgeordnete Harter hat einen sehr eingehenden, ausgezeichneten schriftlichen Rednerbericht erstattet, in dem er für die Verlegung nach Leipzig eintritt. In längerer, von großer Wärme getragener Rede brachte der national-liberale Abg. Anders die Gründe zur Sprache, die für das Verbleiben der Anstalt in Dresden sprächen. Auf die Gründe für und Wider eingegangen, erwidert sich. Die Angelegenheit ist in der Presse genugsam erklärt worden. Immerhin schien es der Regierung nicht bequem zu sein, daß der Berichterstatter der Winchheit den Nachweis führte, daß ein früherer Minister des Innern sich in feierlicher und verbindlicher Weise gegen den Gedanken einer Verlegung der Tierärztlichen Hochschule verwendet habe.

Minister Graf Bismarck v. G. ist entgegnet darauf, daß die Regierung unter allen Umständen veränderlichen Verhältnissen Rechnung tragen müsse und unterstreicht noch einmal die sachlichen Gründe für die Verlegung. Gleichzeitig erklärte er, daß die Dresden — als schonen Ersatz für den Verlust der Hochschule — eine Uebernahme erhalten sollten. Dieses Zugeständnis hat sicher dazu beigetragen, noch einige Gegner für die Verlegung umzustimmen, wenigstens ging das ziemlich deutlich aus den Ausführungen des konservativen Abg. Freyzel hervor. Zwar verwendeten sich die Abg. Dr.

Wähnel, Pottner und Spieß noch einmal eindringlich für das Verbleiben der Hochschule in Dresden. Aber sie wußten wohl von vornherein, daß ihnen kein Erfolg beschieden sein würde. Der Gedanke der Verlegung hatte die überwiegende Mehrheit für sich. Es konnte nur noch das Stimmenverhältnis interessieren, mit der sie beschloffen werden würde. Auf Antrag des Abg. Kersch gab es namentliche Abstimmung. Für das Verbleiben der Tierärztlichen Hochschule in Dresden votierten 11 Konservativ, 8 Nationalliberal, 3 Fortschrittler und 1 Sozialdemokrat, alle übrigen Anwesenden, 65 an der Zahl, also die volle Zweidrittelmehrheit, stimmten dem Verbleibensentscheid und damit der Verlegung nach Leipzig zu.

In der allgemeinen Erregung, die dieses Refuscat auslöste, hatte der Abg. Schmidt (Konf.) Mitleid, das Haus für seinen Antrag, das Schächtverbot, zu intervenieren. Es war recht klug von ihm, daß er betonte, ihm komme es weniger auf die Vorberatung im Plenum an, als auf eine möglichst gründliche Erörterung in der Deputation. Er sprach sich mit beglückter Breite und ziemlich drastisch, warum er ein geschworener Gegner des rituellen Schächtens sei. Die Regierung nahm keine endgültige Stellung zu dem Antrage an, sie will die Entscheidung abhängig machen von einem neuerdings eingeforderten Sachverständigenrat. Der einzige Debatter der Fortschrittlichen, Abg. Koch, begnügte sich weiteres für die Deputation vor. Darauf ging der Antrag Schmidt an die Beschwerdedeputation.

Kultusdebatte in der Ersten Kammer.

(Stimmungsbild aus der Ersten Kammer.)

rg. Dresden, 31. März.

In der Ersten Kammer gab es beim Kultusetat ein außerordentliches Moment. Graf Schönburg-Glauchau brachte den Kultusminister durch eine ausgemachte Rente in Rede in Verlegenheit. Zentrumsreden sind ja seit den Chennigler Tagen des Herrn Dr. Mangler nichts Fremdes mehr in Sachsen. Aber Graf Schönburg findet noch ganz andere Töne als der Zentrumsfreund aus Freiberg. Die sehr dankenswerten Ausführungen der national-liberalen Abgeordneten Dr. Kaiser und Dr. Jähnel bei der Beratung des Kultusstats in der Zweiten Kammer haben ihn verknüpft. Es war eine sehr gewagte Wagt, die es ihm ermöglichte, die beiden national-liberalen Redner der Störung des konfessionellen Friedens zu bezichtigen. Natürlich sind sie seiner Meinung nach allenfalls große Ignoranten, denen das Wesen des Katholizismus im allgemeinen und die Segnungen der Weidensitätigkeit im besondern völlig unbekannt geblieben sind. Bescheiden, wie die Ultramontanen nun einmal sind, hatte Graf Schönburg auch ein kleines Anliegen an den Kultusminister: er forderte nichts mehr und nichts weniger als die Aufhebung des Kongregationsgesetzes von 1876, das in seinen Augen ein volles Ausnahmegesetz gegen die katholische Kirche bedeutet. Kultusminister Dr. Beck konnte ihm kein Entgegenkommen in Aussicht stellen. Im übrigen verwies er auf seine in der Zweiten Kammer abgegebene Erklärung. Ob er damit den Grafen beleidigt hat? Es müßte auffallen, daß die anwesenden Vertreter der protestantischen Kirche diesen Angriffen gegenüber schwiegen, um so mehr, als einer von ihnen das Wort ergriff, aber sich ängstlich hütete, auch nur mit einer Silbe auf die Ausführungen des Grafen Schönburg zu kommen.

Politische Ueberblick

Zum Wahlausfall in Borna-Degau

äußert sich in sehr bemerkenswerter Weise die „Sächsische Union“, das offizielle Organ des National-liberalen Landesvereins. Mit Recht müßte es einen Teil der Schuld an dem sozialdemokratischen Siege, wie wir dies auch schon taten, der mehr als eigentümlichen Kampfesweise der Rechtsparteien zu. Wir lesen da u. a.:

„Des Rätsels Lösung liegt in den besonderen Verhältnissen des Reichstagswahlkreises Borna; in der Art, wie von denjenigen, deren Kandidat Herr von Liebert war, um ihn gekämpft worden ist. Dieser Vorwurf trifft insbesondere die Konservativen und ihren Generalsekretär, den Bund der Landwirte, einige sogenannte Handwerkersekretäre und den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, welcher letzterer außerdem das Geld, das er immer noch aus national-liberalen Kreisen bekommt, in Borna-Degau dazu verwendet hat, eine national-liberale Kandidatur zu bekämpfen. Müge doch dies jenen national-liberalen Geldgebern zu denken geben. Das aber nur nebenbei. Die Anhänger des Herrn von Liebert haben von Anfang an bei ihrer Kattation in dem Tone sich vollständig vergriffen. Wenn sie recht hätten, denn das liege sich an Hand einer ganzen Anzahl von Fällen beweisen, gäbe es auf Gottes Erdboden keine schlechteren Menschen als die National-liberalen; von den Fortschrittlichen gar nicht zu reden. Und dann ein Reum: In Ostindien gab es vor langer Zeit einen